

ANTWORT AUF DAS VERNEHMLASSUNGSVERFAHREN ZUR REVISION DES SEXUALSTRAFRECHTS

Die Basler Jungparteien Jungliberale Basel, Junges Grünes Bündnis Nordwest, Jungfreisinnige Basel-Stadt, JUSO Basel-Stadt, Junge Grünliberale beider Basel, die Junge SVP Basel-Stadt, die *jevp und die Junge Mitte haben sich auf Initiative der Jungliberalen Basel eingehend mit der Revision des Sexualstrafrechts beschäftigt. Sie fordern nun Änderungen und Ergänzungen des in die Vernehmlassung geschickten Entwurfs. Hauptanliegen ist ein neuer Gesetzesartikel gegen verbale sexuelle Belästigung (auch genannt Catcalling).

Nach intensiver Auseinandersetzung mit dem Sexualstrafrecht haben die unterzeichnenden Jungparteien eine Antwort auf das Vernehmlassungsverfahren verfasst in denen sie zu einzelnen Gesetzesartikeln im Entwurf Stellung nehmen. Diese werden sie einerseits direkt an die Rechtskommission des Ständerats adressieren, andererseits an das zuständige Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) und dessen Departementsvorsteherin Regierungsrätin Stephanie Eymann. Die Forderungen der Jungparteien sollen auch in der Antwort des Kantons aufgenommen

Gefordert wird insbesondere eine Erweiterung des Tatbestands der Ordnungsbussenverordnung gegen die weit verbreitete verbale sexuelle Belästigung. Der neue Artikel soll ein klares Zeichen gegen Catcalling gesetzt werden. Nach der jetzigen gesetzlichen Lage sind verbale sexuelle Belästigungen nur dann strafbar, wenn sie in grober Weise erfolgen. Somit gibt es einen grossen Bereich der sexualisierten Kommunikation, der abstoßend, unanständig und unangenehm, aber nicht strafbar ist. Diese herrschende Lücke soll durch die Ergänzung der Ordnungsbussenverordnung geschlossen oder zumindest verkleinert werden.

Bezüglich des Verhältnisses des Art. 187a (sexueller Übergriff) und Art. 187b (sexuelle Belästigung) und Art. 187a (sexueller Übergriff) fordern die Jungliberale Basel-Stadt, die Jungen Grünliberale Basel-Stadt, die Junge Grünliberale beider Basel und die *jevp, dass der Art. 190 von dem Erfordernis des Nötigungsmittels befreit werden soll. Über diese Einigung hinaus möchten die JUSO Basel-Stadt, das Junge Grüne Bündnis Nordwest und die *jevp festhalten, dass sie noch weiter gehen und eine Lösung nach dem "Ja heisst Ja" Prinzip bevorzugen würden.

Die Junge SVP Basel-Stadt, die Jungfreisinnigen Basel-Stadt und die Junge Mitte folgen hingegen dem Entwurf der Revision mit dem neu geschaffenen Art. 187a. Sie erachten den neu geschaffenen Tatbestand des sexuellen Übergriffs als zielführend und sinnvoll. Dieser führt dazu, dass eine bekannte Lücke geschlossen wird durch die unterschiedlichen Tatbestandsvoraussetzungen. Damit folgen sie auch der Regierung des Kantons Basel-Stadt, welche sich zustimmend zum Entwurf geäußert hat.

Sämtliche Forderungen sind in der Vernehmlassungsantwort zu finden.

jung liberale



JF JUNGFREISINNIGE
Basel-Stadt



junge
grünliberale
BEIDER BASEL



Jungliberale Basel vertreten durch Joshua Marckwordt und Benjamin von Falkenstein

JUSO Basel-Stadt vertreten durch Nino Russano und Lea Levi

Junge Grünliberale beider Basel vertreten durch Sophie Braun und Premton Haziri

Jungfreisinnige Basel-Stadt vertreten durch Nicolai Bleskie und Dominik Scherrer

Junges Grünes Bündnis Nordwest vertreten durch Anouk Feurer und Fina Girard

Junge SVP Basel-Stadt vertreten durch Demi Hablützel und Laetitia Block

*jevp Beider Basel vertreten durch Roberto Hotz und Simeon Schneider

Junge Mitte vertreten von Kilian Winkler

Für Auskünfte:

Joshua Marckwordt

0041 76 249 77 74

Joshua.marckwordt@gmail.com